

Friedrich Holzapfel (1900–1969)

Von Christopher Beckmann

I.

Obwohl er in der CDU/CSU zumindest kurzzeitig hohe Positionen bekleidete, ist Friedrich Holzapfel weitgehend in Vergessenheit geraten. Nur wenigen dürfte bewusst sein, dass der Fabrikant und frühere Syndikus der Handwerkskammer Bielefeld kurz nach dem Krieg als ein „weiterer neuer Stern der Christlichen Demokraten“¹ galt. Indes ist der politische Lebensweg Friedrich Holzapfels in mancher Hinsicht durchaus exemplarisch. So ist er einmal ein Beispiel dafür, wie die Erfahrungen des „Dritten Reiches“ dazu beitrugen, jene politischen Kräfte und Strömungen in Deutschland zu stärken, die seit dem frühen 19. Jahrhundert die Annäherung von christlicher Bewegung und moderner Demokratie zu realisieren versucht hatten.² Ferner ist sein politisches Engagement nach 1945 ein Beispiel dafür, wie die Erfahrungen und Auseinandersetzungen mit den Ursachen und verheerenden Folgen der totalitären Diktatur in Deutschland, das von der jahrhundertealten Konfessionsspaltung tief geprägt war, zur Sammlung der Anhänger christlicher Politik und zum Zusammenschluss der konfessionellen Gruppen und Parteien führten, die während der Weimarer Republik nicht über Ansätze hinaus gekommen war. Es waren auch die gemeinsamen Erfahrungen in Widerstand und Verfolgung, die 1945 die Entstehung einer christlich-demokratischen Volkspartei mit umfassendem Programm ermöglichten und beschleunigten.³ Während der katholische Bevölkerungsteil mit der Zentrumspartei seit der Reichsgründungszeit über eine starke, parlamentarisch erfahrene Interessenvertretung verfügt hatte, war der deutsche Protestantismus, zu dessen Exponent Holzapfel innerhalb der Union neben anderen für einige Jahre wurde, vor 1933 politisch zersplittert gewesen.⁴ Schließlich zeigt das Beispiel Friedrich Holzapfels, dass neben der langjährigen Konzentration auf die bekannten Protagonisten des Widerstandes gegen die national-sozialistische Diktatur auch die Beteiligten der „zweiten Reihe“ in die Betrachtung

1 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*. Bd. 1: *Der Aufstieg: 1976–1952*, 2. Aufl., Stuttgart 1986, S. 508.

2 Vgl. Winfried BECKER, *Christliche Demokratie*, in: DERS. u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 9–23.

3 Vgl. Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i. Br. 2004, hier v. a. den einleitenden Beitrag der Herausgeber, S. 13–59.

4 Grob unterscheiden lassen sich eine konservative, eine liberale und eine sozialreformerische, christlich-soziale Richtung. Vgl. Günter OPITZ, *Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1969, S. 16ff.

tung mit einbezogen werden müssen, um die Frage nach dem Einfluss antinationalsozialistischer Kräfte in der jungen Bundesrepublik angemessen zu beantworten.

II.

Friedrich Holzapfel wurde am 20. Juli 1900 in Bielefeld geboren. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums absolvierte er ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin, das er 1922 mit der Promotion zum Dr. rer. pol. abschloss. Seine bei Professor Plenge in Münster angefertigte Dissertation beschäftigte sich mit „Politischer Propaganda“, der Holzapfel als „organisierter Beeinflussung“ eine ständig steigende Bedeutung attestierte. Als Beispiel für den „unermesslichen Schaden“, der durch „Lügenpropaganda“ angerichtet werden könne, nannte er die „Folgen von Versailles“, zu deren Überwindung eine „deutsche Propaganda“ als eine „Propaganda der Wahrheit“ beitragen könne und müsse.⁵

1923 wurde Holzapfel zunächst stellvertretender Geschäftsführer, 1926 dann Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Bielefeld. Zugleich oblag ihm die Schriftleitung des „Ostwestfälischen Handwerksblattes“, des amtlichen Nachrichtenorgans der Kammer. Von 1927 bis 1933 war er Mitglied des Bezirksverwaltungsgerichts in Minden.

Während seiner Studienzeit hatte sich Holzapfel in einer christlich-sozialen Studentengruppe sowie in der christlich-sozialen Bewegung betätigt, die in seiner Heimatregion eine ihrer Hochburgen hatte. Die Christlich-Sozialen war im Zuge der Neuformierung des deutschen Parteiensystems nach dem Ersten Weltkrieg zu einem großen Teil zur Deutschnationalen Volkspartei gegangen, die von einer Mehrheit der protestantischen Kirchenführer und Pfarrer unterstützt wurde, darunter so prominenten Persönlichkeiten wie Otto Dibelius.⁶ Da das vorrangige Ziel dieser Partei die Überwindung, nicht aber die Ausgestaltung der ungeliebten Republik darstellte, war der politische Protestantismus in ihr trotz der 1921 erfolgten Gründung eines „Evangelischen Reichsausschusses der Deutschnationalen Volkspartei“ zur weitgehenden Bedeutungslosigkeit verurteilt.⁷ Diese ablehnende Haltung der DNVP gegenüber der Republik von Weimar und der strikte Oppositionskurs, den sie im Reichstag die meiste Zeit hindurch verfolgte, wirkte sich negativ gerade für die christlich-sozialen Kreise in ihr aus.⁸ Sie konnten in ihren hauptsächlichen Interessens- und Arbeitsge-

⁵ Friedrich HOLZAPFEL, *Politische Propaganda*. Auszüge aus der Dissertation, Westfälische Wilhelms-Universität Münster 1922, S. 3, 7f.

⁶ Zur Rolle von Dibelius, dem späteren Bischof von Berlin-Brandenburg, in der Weimarer Zeit vgl. Hartmut FRITZ, *Otto Dibelius. Ein Kirchenmann in der Zeit zwischen Monarchie und Diktatur*, Göttingen 1998. Bzgl. seiner Option für die DNVP vgl. S. 47ff.

⁷ Rudolf MORSEY, 1918–1933, in: *Lexikon* (wie Anm. 2) S. 35–43, hier S. 40f.

⁸ Zur Rolle der Christlich-Sozialen in der DNVP vgl. OPITZ (wie Anm. 4), S. 137ff.

bieten – der Sozialpolitik und der Kulturpolitik – kaum gestalterisch tätig werden und fanden sich daher nur schwer mit einer unfruchtbaren und starren Oppositionshaltung ab. Angesichts wachsender Konflikte mit der Führung der DNVP und eines damit einhergehenden schwindenden Einflusses christlich-sozialer Positionen entstand die Christlich-Soziale Reichsvereinigung, die am 4. August 1929 in Holzapfels Heimatstadt Bielefeld zu ihrer ersten Reichsversammlung zusammentrat. Es handelte sich hierbei um einen Zusammenschluss verschiedener Organisationen und Vereine des sozialkonservativen Protestantismus innerhalb und außerhalb der DNVP, die bald starken Zulauf aus dem gemäßigten Lager der Partei erhielt.⁹ Die Führer der Vereinigung traten Ende 1929 aus Protest gegen den von Alfred Hugenberg verfolgten radikal antirepublikanischen Kurs¹⁰ aus der DNVP aus und führten die Fusion mit dem pietistisch orientierten Christlichen Volksdienst herbei, der seine Wurzeln im südwestdeutschen Raum hatte.¹¹ Die neuentstandene Partei gab sich den Namen Christlich-Sozialer Volksdienst (CSVD) und vermochte zumindest während der Kanzlerschaft Heinrich Brünnings, dessen Kurs sie stützte, einen gewissen Einfluss auf die Reichspolitik auszuüben.¹² Führende Mitglieder des CSVD wie Paul Bausch und Wilhelm Simpfendörfer sollten 1945 zu den Mitgründern der CDU gehören.¹³ Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930, bei der der CSVD reichsweit 2,5 % der Stimmen und 14 Mandate errang, erzielte er in Holzapfels ostwestfälischer Heimat mit 3,7 % ein überdurchschnittliches Ergebnis. In einigen Gemeinden der Landkreise Bielefeld und Herford erreichte er über 20 % und gewann im Wahlkreis Westfalen auch ein Direktmandat.¹⁴ Friedrich Holzapfel selbst, der 1945 in verschiedenen Lebensläufen stets seine Zugehörigkeit zur Hugenberg-kritischen christlich-sozialen Richtung innerhalb der DNVP hervorheben sollte, blieb offenbar bis 1933 Mitglied der Partei, nahm aber in dieser Zeit keine politischen Mandate wahr und beschränkte seine parteipolitischen Aktivitäten auf Auftritte als Redner „in einigen Versammlungen des Mittelstandsausschusses der DNVP“.¹⁵ Seine öffentliche Wirksamkeit be-

9 EBD. S. 141ff.

10 Thomas MERGEL, *Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928–1932*, in: *Historische Zeitschrift* 275 (2002), S. 323–369.

11 OPITZ (wie Anm. 4), S. 150ff.

12 EBD. S. 184ff.

13 Frank MÜLLER, Art. *Bausch*, in: *Lexikon* (wie Anm. 2), S. 191; Frank Raberg, Art. *Simpfendörfer*, Ebd. S. 369.

14 OPITZ (wie Anm. 4), S. 173ff. u. 340f.

15 Lebenslauf Dr. Friedrich Holzapfel, Staatsarchiv Detmold, D 1 Nr. 6859, Bl. 66ff. Leo Schwing schrieb später über Holzapfel, dieser sei schon in den 20er Jahren in die dem CSVD nahestehenden Kreise gerückt, da die DNVP ihm „sozial zu reaktionär“ gewesen sei. Leo SCHWING, *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, Recklinghausen 1963, S. 113.

ruhte v. a. auf beruflich bedingten Auftritten als Referent in zahlreichen Handwerker- und Mittelstandsversammlungen im Raum Bielefeld.

Bereits kurz nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler geriet Friedrich Holzapfel in Konflikte mit den neuen Machthabern, wurde aus dem Bezirksverwaltungsgericht Minden entfernt, musste sein Amt als Schriftleiter aufgeben und erhielt darüber hinaus ein zeitweiliges Redeverbot.

Holzapfel erklärte später, er habe sich der Gleichschaltung der Handwerkskammer widersetzt und mit dafür gesorgt, dass diese als „einzige Kammer in Deutschland“ ihren „unpolitischen Vorsitzenden“ bis zu dessen altersbedingtem Ausscheiden 1937 habe behalten können.¹⁶ Die im Stadtarchiv Bielefeld erhaltenen Unterlagen bestätigen die tiefe Unzufriedenheit der regionalen NS-Größen mit Holzapfel. So schrieb der frühere 2. Vorsitzende der Handwerkskammer am 6. November 1937 an den Gauwirtschaftsberater, „dass nach meiner Meinung es im Jahre 1933 ganz selbstverständlich war, dass Holzapfel heraus musste. ... Wenn nun die Gleichschaltung in der Kammer misslungen ist, so glaube ich, dass man heute nicht mehr nach der Schuldigkeit zu suchen braucht. ... Pg. W. hat mir wiederholt davon erzählt und er glaubte auch anfänglich, Holzapfel bald erledigt zu haben, ich habe ihm dann aber geantwortet, dass ich solch einen Optimismus nicht hätte und leider habe ich da Recht behalten“.¹⁷ Der Gauwirtschaftsberater teilte daraufhin Gauleiter und „Reichstatthalter“ Alfred Meyer mit, dass der neue Präsident der Handwerkskammer Bielefeld, ein NSDAP-Mitglied, nunmehr Sorge dafür zu tragen habe, „dass die Stelle des Dr. Holzapfel eine andere Besetzung erfährt. Es ist ja auch ganz unmöglich, dass ein Mann wie Dr. Holzapfel in einer Sitzung erklärt, als ihm vorgehalten wird, dass er das Vertrauen der Partei nicht besitzt, ‚er besitze das Vertrauen der Handwerkerschaft‘. Es ist deshalb notwendig, dass der Präsident der Handwerkskammer Bielefeld alsbald einmal nach hier beordert wird, um die entsprechende Marschroute zu erhalten.“¹⁸ Ein Bielefelder NSDAP-Mitglied warf in zwei Schreiben an die Gauleitung Westfalen-Nord dem „deutschnationalen Verbrecher Friedrich Holzapfel“ vor, er habe als Geschäftsführer der Handwerkskammer Bielefeld Nationalsozialisten „schikaniert und gemaßregelt“. So sei eine Sekretärin, die „wegen ihrer nationalsozialistischen Gesinnung 1934 in die Telefonzentrale strafversetzt“ worden sei, „als Nationalsozialistin das Opfer des Lumpen Dr. Holzapfel geworden“.¹⁹

16 Maschinenschriftlicher Lebenslauf Holzapfels; Archiv für Christlich-Demokratische Politik (künftig: ACDP), LV Westfalen 03-002-618/2.

17 Stadtarchiv Bielefeld, Bestand NSDAP, Akte „Verhaftung von Geschäftsführer Dr. Holzapfel (Syndikus der Handwerkskammer) 1937–1939“.

18 Schreiben des Gauwirtschaftsberaters Christian Franke an den Gauleiter und Reichstatthalter Alfred Meyer, Ebd.

19 Schreiben von Norbert U. an die Gauleitung Westfalen-Nord vom 24.4.1938, Ebd.

Die Möglichkeit zur Ausschaltung Holzapfels bot sich, als dieser gegen Ende des Jahres 1937 vorübergehend in die Mühlen der NS-Justiz geriet. Mit Schreiben vom 4. Dezember teilte die Geheime Staatspolizei der Gauleitung Westfalen-Nord mit, dass neben den Bielefelder Kaufleuten Lothar Gebke und Ernst Kettembeil auch Friedrich Holzapfel als „hiesiger Hauptverbreiter“ einer „Denkschrift rheinisch-westfälischer Industrieller zum Vierjahresplan“, die „offenbar in deutschen und österreichischen Wirtschaftskreisen verbreitet“ werde, „bis auf weiteres in Schutzhaft genommen“ worden sei.²⁰ In dieser „Denkschrift“²¹ kritisierten die Verfasser in scharfer Form die Autarkiebestrebungen der Regierung als illusorisch und den tatsächlichen Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft in keiner Weise angemessen.²² Angegriffen wurden ferner die unseriöse Finanzpolitik, namentlich die Finanzierung der Aufrüstung durch Staatskredite²³ sowie die unnötigen Kosten und Reibungsverluste, die aus dem Aufbau von Parallel- und Konkurrenzbürokratien der NSDAP neben den regulären Verwaltungen entstünden.²⁴ Generell sei die tatsächliche Wirtschafts- und Finanzlage des Reiches nahezu undurchschaubar. Die Verfasser plädierten für eine starke Exportorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik²⁵ und einen Abbau staatlicher Eingriffe²⁶. Das zunehmende Engagement des NS-Staates im Wirtschaftsleben veranlasste die Autoren sogar, Parallelen zur Zwangswirtschaft sowjetischer Prägung zu ziehen.²⁷ Die Herkunft dieses

20 Schreiben der Preußischen Geheimen Staatspolizei an die Gauleitung der NSDAP Westfalen-Nord, 4.12.1937, Ebd.

21 Eine Abschrift wurde als Anlage dem genannten Schreiben beigelegt.

22 „Kein Vierjahresplan wird daher unsere Unabhängigkeitskoeffizienten an den verschiedenen ausländischen Rohstoffen auf 100 % bringen. Deutschlands vollgültiger Wirtschaftsgang bleibt immer auf industriellen und agrarischen Import angewiesen.“ Denkschrift, S. 7.

23 „Die Ausrichtung alles wirtschaftlichen Geschehens auf unproduktive Bau- und Rüstungsarbeiten, auf die kostspielige Agrar- und Rohstoffaukantie [sic!] und den Verlustexport haben zu einer Entwertung der Kaufkraft geführt ...“ Denkschrift, S. 11.

24 „Früher kamen auf 12 produzierende Staatsbürger 1 konsumierender Beamter, heute, eingerechnet die parteiamtlichen, halbstaatlichen ständischen Organisationen mit ihren Beamten, Angestellten etc. kommt ein Verwaltungsmann auf 8 Staatsbürger. ... Zu den Mehrbelastungen kommen die unberechenbaren Verluste aus der fehlenden Zusammenarbeit der alten und der neuen Behörden, aus den Kompetenzenüberschneidungen [sic!] zwischen den staatlichen, halbamtlichen und parteiamtlichen alten und neuen Stellen. Alles Reibungsverluste, welche ihren Ausdruck in höheren Kosten finden.“ Denkschrift, S. 3.

25 „Der einzige Entlastungsfaktor für die gezeichnete Wirtschaftssituation heißt: Export.“ Denkschrift, S. 7.

26 „Es wird ersichtlich, dass ein ordentlicher Etat für die Staatsverwaltung erst dann aufgestellt werden kann, wenn im Zuge einer Grundentscheidung die endgültige innerpolitische Gestaltung der Staatsverwaltung möglich wird und der Staat aus einer Wirtschaftsbeteiligung in diesem Umfange ausscheidet und die Privatwirtschaft wieder einschaltet.“ Denkschrift, S. 4.

27 „Unser Außenhandel gleicht einem Staatsmonopol mit dem einzigen Unterschied z.B. gegen Russland, dass der Staat nicht Eigentümer der Ware ist.“ Denkschrift, S. 7f.

Papiers, das ihren Ermittlungen zufolge „erstmalig Anfang Juni d.Js. in der ‚Deutschen Volkszeitung‘ in Prag“ aufgetaucht „und anschließend in zahlreichen anderen Blättern der ausländischen Hetzpresse“ verbreitet worden sei, lag für die Gestapo zu diesem Zeitpunkt im Dunkeln. Als möglicher Urheber wurde „der jetzt in der Emigration in Prag oder in New York lebende frühere Wirtschaftsdirektor der ‚Frankfurter Zeitung‘, der Jude Bruno Wolff“ genannt, ohne dass jedoch konkrete Erkenntnisse vorlagen.²⁸

Holzapfel selbst gab nach dem Krieg an, die Denkschrift sei in Widerstandskreisen entstanden.²⁹ Ihr Inhalt lässt allerdings eher darauf schließen, dass sie im Rahmen der Auseinandersetzungen angesiedelt werden muss, die zwischen 1936 und 1938 den Aufstieg Hermann Görings zum „Wirtschaftsdiktator“ begleiteten.³⁰ Ein „zentraler Zankapfel“ im Machtkampf zwischen der neuen, von Göring geleiteten Vierjahresplanorganisation auf der einen sowie dem Reichswirtschaftsministerium unter Hjalmar Schacht und maßgeblichen Kreisen der deutschen Montanindustrie auf der anderen Seite war die Frage, ob die dringend benötigten Rohstoffe im Ausland gekauft und mithin der Export verstärkt gefördert oder größeres Gewicht auf die Förderung der einheimischen Ersatzstoffproduktion gelegt werden sollte.³¹ Da es v. a. die großen Montankonzerne an Rhein und Ruhr waren, die sich aus Protest gegen wachsende staatliche Eingriffe bis hin zu Enteignungen zusammenschlossen,³² erscheint es durchaus möglich, dass die Verfasser der Denkschrift tatsächlich in den „Kreisen rheinisch-westfälischer Industrieller“ zu suchen sind.

Holzapfel, der bei seiner Vernehmung angab, die Denkschrift „anlässlich beruflicher Unterhaltungen“ an zwei Personen weitergegeben und mit einer dritten „besprochen“ zu haben, wurde am 26. November 1937 wegen des Verdachts einer landesverräterischen Handlung nach § 90f. StGB verhaftet. Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft war die Verbreitung der Denkschrift in Bielefeld von Max Habermann, einem ehemaligen Vorstandsmitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ausgegangen, der seinen Vernehmern gegenüber angab, sie im Juli 1937 „anonym mit dem Poststempel Duisburg“ zugesandt bekommen zu haben. Habermann habe sie an den Kaufmann Ernst Kettembeil weitergegeben, der sie an Holzapfel und einige andere

28 Schreiben der Preußischen Geheimen Staatspolizei (wie Anm. 20).

29 Lebenslauf (wie Anm. 16).

30 Vgl. dazu Alfred KUBE, *Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich*, München 1986, S. 138ff.

31 Gerhard MOLLIN, *Montankonzerne und „Drittes Reich“. Der Gegensatz zwischen Monopolindustrie und Befehlswirtschaft in der deutschen Rüstung und Expansion 1936–1944*, S. 16ff. Vgl. auch Dieter PETZINA, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968.

32 MOLLIN (wie Anm. 31), S. 102ff., KUBE (wie Anm. 30), S. 185ff.

Personen weiterreichte.³³ Die Angelegenheit verlief für Holzapfel und die übrigen Beschuldigten vergleichsweise glimpflich. Holzapfel und Kettembeil wurden am 2. Februar 1938 aus der „Schutzhaft“ entlassen und der Vorgang der Staatsanwaltschaft Bielefeld zwecks eventueller Einleitung eines Strafverfahrens übergeben.³⁴ Diese leitete die Sache an den Reichsanwalt beim Volksgerichtshof weiter, der aber auf die Erhebung einer Anklage verzichtete und den Fall an das Sondergericht Dortmund verwies. Dort wurde die Anklage wegen Verstoßes gegen das sog. Heimtückegesetz schließlich ebenfalls fallengelassen, da „ein strafbares Verhalten nicht nachzuweisen war“ und das Verfahren Ende 1939 für „völlig abgeschlossen“ erklärt.³⁵ Parallel zur strafrechtlichen Verfolgung leitete der Vorsitzende der Handwerkskammer Bielefeld, Greiner, ein Disziplinarverfahren gegen Holzapfel ein. Neben den Vorwürfen in Bezug auf die Verbreitung der Denkschrift wurde ihm eine Verletzung seiner Dienstpflichten vorgeworfen, weil „er es zuließ, dass die Kreishandwerkerschaft Bielefeld Mitte 1936 einen Neubau in leichtfertiger Weise begann“, worin „eine gröbliche Vernachlässigung der ihm als Geschäftsführer obliegenden Überwachungspflicht“ zu sehen sei. Zudem habe er als Kassenleiter der Handwerkskammer „nicht für eine ordnungsmäßige [sic!] Versteuerung der Bezüge der Referendare und der Nebenbezüge einiger Angestellter gesorgt“. Auch die Gauleitung der NSDAP halte „ein Verbleiben des Herrn Holzapfel im Amte für untragbar“. Es könne daher „der Handwerkskammer nicht zugemutet werden, Herrn Dr. Holzapfel irgendwelche Dienst- oder Ruhegehaltsbezüge zu zahlen“. Sein am 31. März 1938 endendes Dienstverhältnis werde, entsprechend einer Verfügung des Reichswirtschaftsministers, ohnehin nicht fortgesetzt.³⁶ Um seine Existenz zu sichern, arbeitete Holzapfel seit dem 1. Juli 1938 als Betriebsleiter der Firma August Werth (Herforder Piassavabesen- und Bürstenfabrik). Nachdem das Dienststrafverfahren mit einer Verwarnung eingestellt worden war, trat er 1940 offiziell als Teilhaber in die Firma ein, was ihm in Verbindung mit der nun doch durchgesetzten Pension ein beachtliches Einkommen sicherte.³⁷

33 Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft Bielefeld an den Reichsanwalt beim Volksgerichtshof, 22.2.1938, Az. 5 Js. Pol. 128/38; Bundesarchiv, ehem. BDC, Bestand Volksgerichtshof.

34 Mitteilung der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Bielefeld, an die Gauleitung der NSDAP Westfalen-Nord vom 10.2.1938; Stadtarchiv Bielefeld (wie Anm. 16).

35 Schreiben der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Bielefeld, an die Gauleitung der NSDAP Westfalen-Nord vom 23.11.1939; Ebd.

36 Antrag des 1. Vorsitzenden der Handwerkskammer Bielefeld an den Reichs- und Preussischen Wirtschaftsminister auf Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen den 1. Geschäftsführer der Handwerkskammer zu Bielefeld, Herrn Dr. Friedrich Holzapfel vom 5.3.1938; Ebd.

37 Lebenslauf Friedrich Holzapfel; Staatsarchiv Detmold (wie Anm. 15), Bl. 65ff.

Nach Angaben, die Friedrich Holzapfel nach Kriegsende bei verschiedenen Gelegenheiten machte, waren seine oppositionellen Aktivitäten noch sehr viel weitergehend und reichten bis fast in das Zentrum der Verschwörung des 20. Juli 1944. So sei er bereits frühzeitig in die Bemühungen Jakob Kaisers³⁸, Wilhelm Leuschners³⁹ und Max Habermanns⁴⁰ um eine Zusammenfassung der antinationalsozialistischen Kräfte eingebunden gewesen.⁴¹ Kaiser und Leuschner hatten sich Ende April 1933 an Versuchen beteiligt, die weltanschaulich unterschiedlich geprägten deutschen Richtungsgewerkschaften in einem „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“ zusammenzufassen, um sie dem Zugriff der Deutschen Arbeitsfront entziehen zu können.⁴² Nachdem diese erfolglos geblieben waren, erörterten Kaiser, Leuschner und Habermann ab Sommer 1934 Pläne zur Neugestaltung von Staat und Gesellschaft in einem nach-nationalsozialistischen Deutschland, wobei auch über die Schaffung einer großen „Partei der Arbeit“ als Volkspartei der linken Mitte nach dem Vorbild der britischen Labour-Party diskutiert wurde. Holzapfel datierte den Beginn seiner Beteiligung an diesen Planungen unterschiedlich, nannte sowohl das Jahr 1934 als auch das Jahr 1935. Der Kontakt sei durch Max Habermann hergestellt worden. Dieser, so Holzapfel im Februar 1946 in einem Brief an den Konstanzer „Südkurier“, habe „hier in Westfalen eine sehr schlagkräftige Organisation aufgebaut, so dass wir hier in Westfalen bei einem anderen Ausgang des 20. Juli sofort hätten aktiv werden können“. Zudem habe er selbst „in Berlin in dem Kreis der führenden Politiker an einer größeren Zahl von Verhandlungen teilgenommen, in denen Gesetzentwürfe durchberaten wurden“, besonders „auf wirtschaftlichem Gebiet und auf finanzpolitischem Gebiet, das Herr Minister Popitz bearbeitete“.⁴³ Für den Fall eines erfolgreichen Staatsstreichs sei er in der Regierung Goerdeler als Staatssekretär im Reichs-

38 Elfriede NEBGEN, *Jakob Kaiser, der Widerstandskämpfer*, Stuttgart 1967.

39 Joachim G. LEITHÄUSER, *Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik*, Köln 1961; Gerhard BEIER, *Wilhelm Leuschner*, in: Rudolf LILL/Heinrich OBERREUTER (Hg.), *20. Juli. Porträts des Widerstandes*, Düsseldorf/Wien 1984, S. 159–174.

40 Eine Biographie Habermanns liegt nicht vor. Vgl. das kurze Porträt bei Annedore LEBER (Hg.), *Das Gewissen entscheidet. Berichte des deutschen Widerstandes von 1933–1945 in Lebensbildern*, Berlin u. a. 1960, S. 100–102 sowie *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 7. Berlin 1967, S. 397f.

41 Vgl. Fragebogen der Militärregierung vom 21.5.1945, Staatsarchiv Detmold (wie Anm. 15) Bl. 65ff.; verschiedene Lebensläufe, zu unterschiedlichen Zeiten und Gelegenheiten angefertigt, befinden sich auch im Nachlass Holzapfels im Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK) NL 1278 Nr. 326; ähnliche Angaben machte Holzapfel auch in einem Schreiben an den „Südkurier“ in Konstanz vom 4.2.1946, ebd. Nr. 237.

42 Vgl. Gerhard BEIER, *Zur Entstehung des Führerkreises der Vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 15 (1975), S. 366–392.

43 Schreiben Holzapfels an den „Südkurier“ (wie Anm. 36). Zu Popitz vgl. Gerhard SCHULZ, *Johannes Popitz*, in: LILL/OBERREUTER (wie Anm. 39), S. 237–251. Zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Popitz-Kreises Daniela RÜTHER, *Der Wider-*

wirtschaftsministerium vorgesehen gewesen und daher „zur Ausarbeitung der verschiedenen Gesetzesentwürfe in den Jahren von 1935 an mit herangezogen worden“.⁴⁴

Mit Paul Lejeune-Jung⁴⁵ sollte ebenfalls ein ehemaliges Mitglied der DNVP Wirtschaftsminister werden. Der aus dem katholischen Zweig einer alten Hugenottenfamilie stammende Lejeune-Jung hatte Anfang der 20er Jahre zu den Mitbegründern des „Reichsausschusses der Katholiken in der Deutsch-Nationalen Volkspartei“ gehört, einer Vertretung der dem Zentrum kritisch gegenüberstehenden sog. Rechtskatholiken.⁴⁶ Da er zu den gemäßigten Kräften innerhalb der DNVP gehört hatte, die einer positiven Mitarbeit im Weimarer Staat nicht gänzlich abgeneigt waren, war er – wie auch viele Christlich-Soziale – 1929 aus Protest gegen den Kurs des neuen Parteivorsitzenden Alfred Hugenberg ausgetreten. Gemeinsam mit anderen Abweichlern hatte er zu den Gründern der wenig erfolgreichen Konservativen Volkspartei⁴⁷ gehört, ehe er im Juni 1932 zum Zentrum übergetreten war. Der Kontakt zum Widerstandskreis um Carl Goerdeler wurde durch Max Habermann hergestellt. Seit 1941/42 beteiligte er sich an den Planungen für ein Deutschland nach Hitler.⁴⁸ Im Verlaufe des Jahres 1943 fanden in Lejeune-Jungs Haus zwei Besprechungen über Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung statt, an denen, folgt man seinen Angaben, neben Habermann, Hermann Kaiser, Wilhelm Leuschner, Julius Leber, Josef Wirmer und dem früheren Botschafter in Moskau, Werner Graf von der Schulenburg, auch Friedrich Holzapfel teilgenommen haben musste.⁴⁹ Paul Lejeune-Jung wurde nach dem Scheitern des Umsturzversuchs vom Volksgerichtshof unter Vorsitz Roland Freislers zum Tode verurteilt und am 8. September 1944 hingerichtet.

Die genannten Aussagen Holzapfels über seine Beteiligung an den Nachkriegsplanungen und der Verschwörung des 20. Juli 1944 lassen sich anhand der derzeit bekannten Dokumente nicht verifizieren. So findet sich etwa in den sog. Kaltenbrunner-Berichten⁵⁰, den Vernehmungsprotokollen der Ver-

stand des 20. Juli auf dem Weg in die soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler, Paderborn 2002, S. 416–448.

44 Lebenslauf; BAK, NL Holzapfel Nr. 326.

45 Vgl. Franz-Josef WEBER, *Paul Lejeune-Jung (1882–1944)*, in: Friedrich Gerhard HOHMANN (Hg.), *Deutsche Patrioten in Widerstand und Verfolgung 1933–1945. Ein Gedenkbuch der Stadt Paderborn*, Paderborn 1986, S. 7–19.

46 Gabriele CLEMENS, *Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik*, Mainz 1983.

47 Erasmus JONAS, *Die Volkskonservativen 1928–1933*, Düsseldorf 1965.

48 WEBER (wie Anm. 45), S. 15.

49 EBD. S. 17.

50 *Bildnis einer Verschwörung. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung*, hg. v. Hans-Adolf JACOBSEN, 2 Bde., Stuttgart 1984.

schwörer, kein Hinweis auf Friedrich Holzapfel. Möglicherweise blieb die Verbindung zu Max Habermann dadurch unentdeckt, dass dieser kurz nach seiner Verhaftung durch die Gestapo am 30. Oktober 1944 Selbstmord beging. Nach dem gescheiterten Attentat soll Habermann, der sich zunächst in Bielefeld verborgen hielt, nach Aussage Holzapfels auch in seinem Haus in Herford Unterschlupf gefunden, sich dann aber mit Rücksicht auf die Gefährdung der Familie seines Gastgebers zur Weiterfahrt nach Hamburg entschlossen haben. Noch am Abend seiner Abreise erfolgte die Verhaftung Habermanns, in der folgenden Nacht nahm er sich das Leben.⁵¹ Allerdings erscheint es schwer vorstellbar, dass eine so weitgehende Einbindung in die Planungen des Kreises um Carl Friedrich Goerdeler im Rahmen der umfangreichen Ermittlungen nach dem 20. Juli 1944 unentdeckt geblieben sein soll. Die von Holzapfel selbst geäußerte Vermutung, er sei auch deshalb unbehelligt geblieben, weil eine im Mai 1944 bei ihm vorgenommene Hausdurchsuchung „negativ“ verlaufen sei, ist ebenfalls wenig überzeugend.⁵² Auch die einschlägigen Untersuchungen zum Widerstand und die Erinnerungsberichte von Überlebenden geben keinen Aufschluss über Art und Reichweite seiner Kontakte zum Kreis der Verschwörer. Legt man das von Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts und Konrad Repgen entwickelte Stufenmodell zum Widerstand zugrunde, das mit „punktueller Unzufriedenheit“, „Resistenz, Nicht-Anpassung, Selbstbewahrung“, „Protest“ und schließlich „aktivem Widerstand“ vier bisweilen ineinander übergehende Stufen unterscheidet,⁵³ dann lässt sich konstatieren, dass die ersten drei Begriffe zur Beschreibung von Holzapfels Verhalten während der NS-Zeit zu treffen. Ob er auch die Stufe des „aktiven Widerstands“ erreicht hat, kann anhand der bisher vorliegenden Quellen nicht abschließend geklärt werden.

III.

Das Siegerland und Ostwestfalen mit Herford als evangelischem Zentrum, die in der späten Weimarer Republik Hochburgen des Christlich-Sozialen Volksdienstes gewesen waren, entwickelten sich nach 1945 zu einem bedeutenden evangelischen Kristallisationskern der CDU. Eine wichtige Rolle hierbei spielte Friedrich Holzapfel.

51 Anlage zu einem Lebenslauf Holzapfels vom 21.3.1949; BAK, NL Holzapfel Nr. 326. Vgl. auch den Artikel Jakob Kaisers aus Anlass des ersten Todestages von Max Habermann, in: „Neue Zeit“, 30.10.1945.

52 Lebenslauf (wie Anm. 16).

53 Klaus GOTTO/Hans Günter HOCKERTS/Konrad REPGEN, *Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz*, in: Karl Dietrich BRACHER/Manfred FUNKE/Hans-Adolf JACOBSEN (Hg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz*, Bonn 1986, S. 655–668, hier S. 656f.

Am 10. Juni 1945 wurde er von den britischen Besatzungstruppen als Oberbürgermeister von Herford eingesetzt. Schon am 5. Mai 1945 waren einige namhafte Bürger Herfords beim Regierungspräsidenten in Minden vorstellig geworden und hatten, auch unter Hinweis auf dessen „Schwierigkeiten“ mit der NSDAP, um die Berufung Holzapfels zum Oberbürgermeister der Stadt gebeten.⁵⁴ Der redegewandte, fließend englischsprechende Holzapfel, der auch die im Handbuch für die vorrückenden englischen Truppen verlangte „Freedom of Nazi contamination“ als Voraussetzung für eine Einsetzung als Landrat oder Oberbürgermeister⁵⁵ erfüllte, wurde offenbar als geeigneter Mann für den Umgang mit der Besatzungsmacht betrachtet. Am 25. Mai hatte Holzapfel dem Regierungspräsidenten geschrieben, dass er nach einigem Zögern zur Übernahme des Amtes bereit sei, „sofern ein anderer geeigneter Herr dafür nicht vorhanden ist“.⁵⁶ Am 21. Januar 1946 bestätigten die von der Militärregierung ernannten Stadtverordneten Holzapfel in seinem Amt, das er bis nach den Kommunalwahlen am 13. Oktober 1946, die eine absolute Mehrheit der SPD in der Stadt ergaben, behielt.⁵⁷

Während maßgebliche protestantische Kreise in Westfalen und der britischen Zone und vor allem die evangelische Geistlichkeit gegenüber Plänen zur Gründung einer christlich-demokratischen Volkspartei aufgrund traditioneller konfessioneller Vorbehalte eher skeptisch waren und zumindest zeitweilig die Bildung einer evangelischen Rechtspartei erwogen,⁵⁸ trat Holzapfel von Anfang an für die Überwindung der konfessionellen Spaltung in der Politik ein.

Schon im Sommer 1945 propagierte er die Gründung einer christlichen Partei, „die auf christlich-sozialer und demokratischer Grundlage steht“, wobei das „Zusammengehen beider Konfessionen“ angesichts der „augenblicklichen

54 Vermerk des Regierungspräsidenten vom 5.5.1945; Staatsarchiv Detmold (wie Anm. 15), Bl. 61.

55 SHAEF [Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force]-Handbook, zit. nach Gisela SCHWARZE, *Eine Region im demokratischen Aufbau. Der Regierungsbezirk Münster 1945/46*, Düsseldorf 1984, S. 20. Zur britischen Besatzungspolitik in Westfalen vgl. Karl TEPPE, *Zwischen Besatzungsregiment und politischer Neuordnung (1945–1949)*, in: *Westfälische Geschichte in 3 Textbänden und einem Bild- und Dokumentarband*, hg. v. Wilhelm KOHL, Bd. 2: *Das 19. und 20. Jahrhundert. Politik und Kultur*, Düsseldorf 1983, S. 269–339.

56 Staatarchiv Detmold (wie Anm. 15), Bl. 62.

57 Rainer PAPE, *Sancta Herfordia. Geschichte Herfords von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Herford 1979, S. 329.

58 SCHWARZE (wie Anm. 55), S. 64; Reinhard SCHMEER, *Volkskirchliche Hoffnungen und der Aufbau der Union. Evangelische Kirche und CDU/CSU in den ersten Nachkriegsjahren*, Köln 2001, S. 194. Zur Haltung der Evangelischen Kirchenleitung Westfalens vgl. S. 201ff.

sehr antichristlichen Bestrebungen ... unbedingt notwendig“ sei.⁵⁹ Für diese Haltung dürfte seine Nähe zur christlich-sozialen Bewegung eine Rolle gespielt haben. Während die überwiegende Zahl der evangelischen Gründungszirkel der Union sich mit der Übernahme des Attributs „christlich“ in den Parteinamen schwer taten, plädierten generell in den Gebieten, in denen an den Weimarer CSVD angeknüpft werden konnte, die protestantischen Kreise in ähnlicher Weise für eine Rechristianisierung der Gesellschaft wie die katholischen CDU-Gründer.⁶⁰ Dementsprechend suchte er den Kontakt mit katholischen Kreisen und traf am 8. August 1945 mit dem ehemaligen Generalsekretär der Zentrums-partei des Wahlkreises Niedersachsen, Josef Kannengießer, zusammen. Kannengießer, der für einen politischen Zusammenschluss „der aufbauwilligen christlichen Kräfte des deutschen Volkes“ eintrat, spielte eine entscheidende Rolle bei der Gründung der CDU in Westfalen⁶¹ und fand Holzapfel „für unsere Idee außerordentlich aufgeschlossen“.⁶² Am 2. September 1945 wurde Holzapfel auf der Gründungsversammlung des westfälischen Landesverbandes der CDU in Bochum zum Stellvertreter des 1. Landesvorsitzenden Lambert Lensing gewählt. Über seine Rede, die ein engagiertes Plädoyer für die politische Zusammenarbeit der Konfessionen darstellte, schrieb die „Ruhr-Zeitung“: „Mit großer Begeisterung bekannte sich als Sprecher des östlichen Westfalen Oberbürgermeister Dr. Holzapfel (Herford) zu der beabsichtigten Parteigründung.“⁶³ Die Frage „christlich oder nicht christlich ... sei für die Rettung Deutschlands entscheidend. Nur wenn wir Christen wie ein Block zusammenstünden, würden wir uns gegen die drohende Walze einer christentumsfeindlichen Politik behaupten können. Unsere eigene Zersplitterung wäre mit Schuld, dass das furchtbare Unglück über uns gekommen wäre.“⁶⁴ Die Bereitschaft Holzapfels zur interkonfessionellen Zusammenarbeit dürfte auch durch die Berührungspunkte zum gewerkschaftlichen Widerstand befördert worden sein. Es waren gerade die katholischen christlichen Gewerkschafter gewesen, die sich aus ihrem sozialen Engagement heraus bereits während der Weimarer Republik für eine

59 „Christlich-sozial“ o. D. [wahrscheinlich Juli/August 1945]; BAK, NL Holzapfel Nr. 272.

60 Frank BÖSCH, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart/München 2001, S. 38f.

61 SCHWARZE (wie Anm. 55), S. 58ff.

62 Bericht Kannengießers vom 14.2.1963; zit. nach Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik*, Düsseldorf 1988, S. 76.

63 Zit. nach ACDP, LV Westfalen 03-002-049/1.

64 Bericht über die Gründungsversammlung des Landesverbandes Westfalen der CDU, in: Christlich-Demokratische Union Westfalen-Lippe (Hg.), *Dokumente des Anfangs*, Bielefeld o. J., S. 5.

konfessionelle Öffnung ausgesprochen hatten⁶⁵ und nun für einen interkonfessionellen Schulterschluss eintraten.⁶⁶

Holzapfel nutzte seine guten Kontakte zu den Besatzungsbehörden, um sich frühzeitig mit über den kommunalen und regionalen Rahmen hinausreichenden Initiativen als Verfechter eines demokratischen Neuanfangs und Fürsprecher der notleidenden Bevölkerung zu profilieren. So sandte er am 15. November 1945 „im Namen weiter Kreise der evangelischen und katholischen Bevölkerung, ferner nach eingehender Besprechung mit Vertretern der Christlich-Demokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei“ ein Schreiben an den Generalsekretär des Internationalen Gerichtshofes in Nürnberg.⁶⁷ Darin bat er darum, den Deutschen die Möglichkeit zu geben, gegen die in Nürnberg angeklagten Männer und Organisationen wegen der von ihnen am deutschen Volk begangenen Verbrechen einen eigenen Prozess zu führen. Die damit einhergehende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sei Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates: „Nur eine solche Auseinandersetzung mit den Vertretern einer diktatorischen Gewaltherrschaft gibt dem deutschen Volk die Möglichkeit, einen festen Ausgangspunkt für den Neuaufbau des Staates zu haben. ... Dadurch zeigt das deutsche Volk, dass es abrückt von diesen Verbrechen, dass es gewillt ist, auf neuer Grundlage im Kreise der zivilisierten Nationen mitzuarbeiten.“ Zur Bestrafung der darüber hinaus begangenen „Verbrechen an der gesamten Menschheit“ solle ein „Gerichtshof der *ganzen* Welt“ eingesetzt werden, „der nicht nur als Richter die Vertreter der Siegermächte, sondern auch Vertreter der Neutralen und der Besiegten umfasst. ... Ein Urteil eines deutschen Gerichtshofes über die Verbrechen am deutschen Volk und ein Urteil eines Weltgerichtshofes über die Verbrechen an der Menschheit ist notwendig, damit nicht nur das deutsche Volk, sondern die gesamte Menschheit sieht, dass Recht und Gerechtigkeit das oberste Fundament der Herrschaft [sind], und dass nicht etwa eine politische Agitation, wenn auch nur im Geheimen, die Meinung vertritt, es sei statt eines Rechtsspruches ein Diktat des Siegers über den Besiegten.“ Eine schriftliche Antwort ist anscheinend nicht überliefert.

Im Oktober 1946 trafen in Herford 20 englische und schottische Bischöfe mit rund 50 ihrer deutschen Amtsbrüder zusammen, um über die bedrückenden Notstände in Deutschland und eventuelle Hilfsmaßnahmen der britischen Christen zu sprechen. Höhepunkt war ein ökumenischer Gottesdienst, bei dem

65 Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Bemühungen Adam Stegerwalds. Vgl. Bernhard FORSTER, *Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitgründer der Unionsparteien* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 41), Düsseldorf 2003.

66 BÖSCH (wie Anm. 60), S. 25.

67 BAK, NL Holzapfel Nr. 237. Die folgenden Zitate Ebd.

u.a. der anglikanische Bischof von Chichester, George Bell, sprach.⁶⁸ Bell, der gute Beziehungen zur Bekennenden Kirche und zu Dietrich Bonhoeffer unterhalten hatte, hatte am 11. Februar 1944 in einer aufsehenerregenden Rede im britischen Oberhaus den Luftkrieg gegen zivile Ziele in Deutschland scharf verurteilt.⁶⁹ Holzapfel nutzte die Gelegenheit, um gegenüber den britischen Bischöfen für die Belange der deutschen Zivilbevölkerung einzutreten und ihnen ein „Der Weg in die Zukunft“ betiteltes Memorandum zu überreichen. Nach der Beteuerung, man habe „einen scharfen Trennstrich zwischen dem neuen Deutschland und den Verbrechen des Nationalsozialismus“ gezogen, prangerte er mit bemerkenswerter Offenheit die gegenwärtig begangenen „Verbrechen gegenüber dem deutschen Volk“ an: die „Grausamkeiten bei der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten“, die „Zerstörung von Fabriken und industriellen Anlagen ..., in denen zwar Kriegsartikel hergestellt wurden, in denen aber ebenso gut friedliche Erzeugnisse angefertigt werden können und das zu einer Zeit, in der es dem deutschen Volke an den notwendigsten Gegenständen des täglichen Bedarfs fehlt“, ferner die Räumung von Häusern „unter Zurücklassung eines großen Teiles der Möbelstücke, um jetzt englische Familien noch zusätzlich in der längst überbevölkerten britischen Zone unterzubringen“ sowie die Zurückhaltung von Kriegsgefangenen durch die Siegermächte. Neben den körperlichen Schäden durch Wohnungsnot, Hunger und Kälte seien bei den Menschen in Deutschland „große Schäden auf sittlichem Gebiet“ zu beklagen. Holzapfel appellierte an die „Christen der Welt“ zu helfen, „dass wir den Glauben an eine bessere Menschheit unserem armen deutschen Volke beibringen können“.⁷⁰ Aus dem Brief an den Militärgerichtshof wie aus dem an die britischen Bischöfe gerichteten „Memorandum“ spricht die Überzeugung, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht von den Besatzungsmächten verordnet werden könnten, sondern von den Deutschen aus eigenem Entschluss angenommen werden müssten. Voraussetzungen waren in Holzapfels Augen die aktive Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit sowie eine rasche und spürbare Verbesserung des Lebensstandards, um die Hinwendung zur Demokratie abzusichern.

In seinen verschiedenen politischen Funktionen engagierte Holzapfel sich u.a. für die Wahrung kirchlicher Interessen. So setzte er sich für die Freigabe beschlagnahmter kirchlicher Räume und Gebäude ein und half dabei, die Ab-

68 PAPE (wie Anm. 57), S. 326.

69 Edwin ROBERTSON, *Unshakeable Friend. George Bell and the German Churches*, London 1995; Paul FOSTER (Hg.), *Bell of Chichester: A Prophetic Bishop* (Otter Memorial Paper, 17), Chichester Februar 2004.

70 „Der Weg in die Zukunft“. Memorandum, den englischen Bischöfen bei ihrem Besuch in Herford am 21. Okt. 1946 überreicht von Dr. Friedrich Holzapfel; ACDP, NL Josef Andre 01-208-004/1.

zugsfähigkeit der Kirchensteuer durchzusetzen.⁷¹ Zudem engagierte er sich für die Belange der Vertriebenen und Flüchtlinge. Die Betonung der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für diesen Personenkreis findet sich immer wieder in seinen Reden in den frühen Nachkriegsjahren. So erklärte er in einer Rundfunkansprache am 24. Mai 1946, „die Frage des Flüchtlingselends“ könne „nur vom Standpunkt der christlichen Nächstenliebe aus“ gelöst werden. Es komme „darauf an, dass wir unserem ganzen Volke immer wieder klar machen, dass es sich um Brüder und Schwestern handelt, die alles verloren haben, denen wir eine neue Heimat schaffen müssen und die wir lieben müssen, wie uns selbst. Wenn diese innere Einstellung die Grundeinstellung unseres Volkes ist, erst dann wird den Flüchtlingen wirklich geholfen“. Als Weg zur Finanzierung der Unterstützung für die von den Kriegseignissen am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen skizzierte Holzapfel den Grundgedanken des späteren Lastenausgleichsgesetzes: „Durch eine Besitzsteuer, die man vielleicht am Besten als Sacherhaltungssteuer bezeichnet, müssen diejenigen, die noch Vermögen haben, herangezogen werden, um dem Staat die Mittel zu geben, die notwendig sind, um die Schulden abtragen zu können und um die Verpflichtungen erfüllen zu können. Zu diesen Verpflichtungen gehören auch die Ansprüche der Bombengeschädigten und die Ansprüche der Vertriebenen.“⁷² Im November 1948 bezeichnete er einen gerechten Lastenausgleich als „das vordringliche Anliegen des deutschen Volkes“. Es sei notwendig, „die sozialen Forderungen im Rahmen des Lastenausgleichs Wirklichkeit werden zu lassen und die Wirtschaft bis an die Grenze des Möglichen zugunsten der Ostvertriebenen, Bomben- und Währungsgeschädigten zu belasten“.⁷³ Dieses frühe Engagement Holzapfels und anderer Unionspolitiker für einen Lastenausgleich, dass sie bereits im Frankfurter Wirtschaftsrat zugunsten der Millionen von Kriegsgeschädigten zeigten, lässt es als zumindest unangemessen erscheinen, das Lastenausgleichsgesetz von 1952 in erster Linie als „wahltaktische Großzügigkeit“ Adenauers im Vorfeld der Bundestagswahlen von 1953 zu interpretieren,⁷⁴ wenngleich für den Zeitpunkt der Verabschiedung vielleicht taktische Motive auch eine Rolle gespielt haben mögen.

71 SCHMEER (wie Anm. 58), S. 239f.

72 Manuskript der Rundfunkansprache vom 24.6.1946; ACDP Bestand Bundesgeschäftsstelle 07-004-395/4.

73 Bericht über die Tagung des Landesparteiausschusses am 13.11.1948 in Unna; ACDP, LV Westfalen 03-002-039/1.

74 BÖSCH (wie Anm. 60), S. 149. Zur Entstehung des Lastenausgleichsgesetzes vgl. Reinhold SCHILLINGER, *Der Entscheidungsprozess beim Lastenausgleich 1945–1953*, St. Katharinen 1985.

Als die CDU der britischen Zone sich am 22. Januar 1946 im Ratssaal der Stadt Herford traf, um einen vorläufigen Vorstand zu bestimmen,⁷⁵ wurde Holzapfel ebenso wie die meisten anderen Delegierten vom oft geschilderten Ablauf der Sitzung überrumpelt, in der Konrad Adenauer nicht einmal die Eröffnung durch Holzapfel abwartete, sondern als „Alterspräsident“ einfach die Gesprächsleitung übernahm und seine Wahl zum Zonenvorsitzenden durchsetzte – der erste Schritt zu seiner parteiinternen „Machtergreifung“, wie Leo Schwering das später nannte.⁷⁶ Holzapfel hatte die Tagung organisatorisch vorbereitet und als Einladender und Gastgeber nicht nur erwarten können, dass ihm die Versammlungsleitung obliegen würde. Auch seine persönlichen Ambitionen scheinen einen ersten empfindlichen Dämpfer erhalten zu haben. In der westfälischen CDU hatte es nämlich Bestrebungen gegeben, mit Hilfe Schwerings, des mit Adenauer zerstrittenen, bald von diesem in seinem Amt abgelösten Vorsitzenden der rheinischen Union, einen Vertreter des evangelischen Parteiflügels zum Zonenvorsitzenden zu wählen. In Aussicht genommen worden war vor allem der frühere deutschnationale Reichsminister Hans Schlange-Schöningen, dessen Wahl Adenauer zu verhindern wusste, indem er Pläne Schlanges, die CDU als „Rechtspartei“ bzw. „Sammlungspartei“ rechts von der SPD zu profilieren, scharf kritisierte und die Mehrheit der Delegierten auf seine Seite brachte.⁷⁷ Auch Friedrich Holzapfel scheint sich gewisse Chancen auf das Amt des Zonenvorsitzenden ausgerechnet zu haben und soll, wie Hermann Pünder später berichtete, die Enttäuschung über das handstreichartige Vorgehen Adenauers lange nicht überwunden haben.⁷⁸ Möglicherweise hatte das später nicht spannungsfreie Verhältnis zum Bundeskanzler hier seinen Ursprung. Holzapfel übernahm das Amt des 2. Zonenvorsitzenden und trug in der Folgezeit dazu bei, die CDU der britischen Zone zur neben der SPD schlagkräftigsten Parteiorganisation Westdeutschlands zu machen. Im Juni 1949 konnte er vor dem Zonenausschuss selbstbewusst erklären: „Wir sind im Augenblick das Rückgrat unserer Union.“⁷⁹ Sein im Bundesarchiv Koblenz verwahrter Nachlass stellt aufgrund der dort gesammelten umfang-

75 Protokoll abgedruckt in: *Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands*, bearb. v. Helmuth PÜTZ, Bonn 1975, S. 113–115.

76 SCHWARZ (wie Anm. 1), S. 503.

77 HEITZER (wie Anm. 62), S. 197ff. Zur Kritik Adenauers s. auch sein Schreiben an Schlange-Schöningen vom 29.1.1946, in: *Adenauer. Briefe 1945–1947*, bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1983, S. 145f. Vgl. Daniel HILDEBRAND, *Hans Schlange-Schöningen (1886–1960)*, in: *Christliche Demokraten* (wie Anm. 3), S. 438–445; Winfried HERBERS, *Leo Schwering (1883–1971)*, EBD. S. 453–460.

78 Hermann PÜNDER, *Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1968, S. 243f.

79 Protokoll der Tagung des Zonenausschusses der CDU in Königswinter (2./3.6.1949); ACDP, NL Dörpinghaus 01-009-004/1.

reichen Korrespondenz und der breit dokumentierten Ausschussarbeit eine unverzichtbare Quelle für die Entstehung und Entwicklung der CDU in Westfalen und der britischen Zone dar.⁸⁰

Das Engagement für die neue interkonfessionelle Partei begründete Holzapfel immer wieder mit der Notwendigkeit, nach den Erfahrungen der Vergangenheit die konfessionelle Spaltung in der Politik endlich zu überwinden. So erklärte er in der erwähnten Rundfunkrede vom 24. Mai 1946: „300 Jahre hat das deutsche Volk darunter zu leiden gehabt, dass die Verschiedenheit der Bekenntnisse hereingetragen wurde in den politischen Kampf des Alltags. Die bittere Not, in die wir heute geraten sind, zwingt uns zur gemeinsamen politischen Arbeit. So ist aus den Trümmern des Krieges die politische Zusammenarbeit beider christlichen Bekenntnisse hervorgegangen und wir hoffen, dadurch unseren Teil beitragen zu können zum Neubau Deutschlands und zum Neubau Europas.“⁸¹ Im Mai 1947 führte er aus, die Herstellung einer „politischen Einheitsfront der Christen“ böte die einmalige Gelegenheit, „einen Riss [zu] kitten, der im 30jährigen Krieg entstanden ist. Gelingt es uns, dann hätten wir ein festes Fundament, auf dem wir aufbauen könnten, sonst sei die ganze Arbeit vergebens“.⁸² Die soziale Basis einer rein protestantischen Partei wäre in Holzapfels Augen zudem gefährlich schmal gewesen, da die evangelischen Arbeiter ganz überwiegend die SPD wählten, während die katholischen traditionell an das Zentrum gebunden waren. In eine gemeinsame Partei mit den Katholiken habe die evangelische Seite hingegen den Mittelstand einbringen können. In den vorbereitenden Gesprächen mit Lambert Lensing und Johannes Gronowski⁸³ habe er allerdings, so Holzapfel rückblickend, die Bedingung gestellt, „dass die zu gründende Partei nicht mehr den Namen Zentrum erhalten dürfe, da eine solche traditionell belastete Bezeichnung den Einbruch in die evangelischen Bevölkerungsschichten verhindern würde“.⁸⁴ Holzapfel, der als Oberbürgermeister recht gute Reisemöglichkeiten hatte, bemühte sich intensiv darum, die nach wie vor gegebene „Zurückhaltung in den evangelischen Krei-

80 Demgegenüber sind die persönlichen Aktivitäten Holzapfels nicht so gründlich dokumentiert. Erschwerend kommt hinzu, dass von den von Holzapfel verfassten Briefen in der Regel keine Durchschläge enthalten sind, so dass man – sofern vorhanden – auf die Überlieferungen in den Nachlässen seiner Korrespondenzpartner zurückgreifen muss.

81 Rundfunkansprache (wie Anm. 72).

82 Protokoll der Vorstandssitzung des LV Westfalen am 10.5.1947; ACDP, LV Westfalen 03-002-039/1.

83 Karl TEPPE, *Johannes Gronowski (1874–1958)*, in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 8, Münster 1997, S. 77–94; Jörg-Dieter GAUGER, *Johannes Gronowski (1874–1958)*, in *Christliche Demokraten* (wie Anm. 3), S. 232–239.

84 Niederschrift eines Gesprächs zwischen Holzapfel und Peter Hüttenberger betr. die Gründung der CDU und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen; Hauptstaatsarchiv Düsseldorf RWN 139 Nr. 3, Bl. 164–170, hier 165f.

sen“ Westfalens⁸⁵ gegenüber der neuen christlichen Volkspartei zu überwinden. Diese Schwierigkeiten resultierten nicht zuletzt auch aus der Tatsache, dass die NSDAP im politisch stark zersplitterten evangelischen Volksteil sehr großen Zulauf gehabt hatte und ihre einstigen Anhänger sich nun gegenüber neuen politischen Organisationen passiv bis ablehnend verhielten. Noch in einer Analyse des Ausgangs der ersten Bundestagswahl 1949 in Westfalen heißt es in schöner Offenheit: „Wir haben Kreise, in denen Vorstände nur mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten überhaupt gebildet werden konnten, weil die gesamte männliche Bevölkerung, soweit sie nicht aus Dorftrotteln und Mümmelgreisen bestand, Mitglieder der NSDAP waren. Es ist durchaus natürlich, dass diese Kreise gegenüber einer parteipolitischen Organisation nunmehr die allergrößte Zurückhaltung an den Tag legen.“⁸⁶ Leo Schwering konstatierte rückblickend, Holzapfel habe entscheidend dazu beigetragen, „diesen in seiner konfessionellen Zusammensetzung schwierigen Raum in den Griff zu bekommen“.⁸⁷ Auch in Norddeutschland waren die Vorbehalte der überwiegend evangelischen Bevölkerung gegenüber der als katholische Partei betrachteten CDU beträchtlich, was die dortigen Parteigründer veranlasste, prominente evangelische Persönlichkeiten aus anderen Teilen der britischen Zone um Unterstützung zu bitten. Auch hier war Holzapfel sehr engagiert.⁸⁸ Im Sommer 1946 bat er den westfälischen Landesgeschäftsführer Paul Steup darum, bei Versammlungen in Westfalen entlastet zu werden, da er in zahlreichen norddeutschen Städten, u. a. Oldenburg, Braunschweig, Lübeck, Hamburg und Bremen zu sprechen habe.⁸⁹

Für den Aufstieg Holzapfels in führende Positionen der CDU waren mehrere Faktoren ausschlaggebend. Einmal war er ein profilierter Vertreter des evangelischen Bevölkerungsteils der sich, anders als viele andere bürgerlich-protestantische Persönlichkeiten, von Anfang an aufgeschlossen für den Unionsgedanken zeigte und sich entsprechend engagierte. Ferner repräsentierte er mit Westfalen den mitgliederstärksten Landesverband der Partei, der am 31. Dezember 1946 die Marke von 100 000 Mitgliedern überschritt.⁹⁰ Schließlich kann man annehmen, dass Adenauer, der von Anfang an um eine Austarierung der heterogenen gesellschaftlichen Kräfte in der Union bemüht war, Holzapfel in doppelter Hinsicht als Gegengewicht gegenüber in seinen Augen problematischen Tendenzen innerhalb der CDU ansah. So konnte er als Unternehmer

85 So Josef Kannengießer in einer Zusammenkunft des vorläufigen Vorstandes der Christlich-Demokratischen Partei in Hamm am 9.10.1945; ACDP, LV Westfalen 03-002-048.

86 ACDP, LV Westfalen 03-002-057/1.

87 SCHWERING (wie Anm. 15), S. 115.

88 HEITZER (wie Anm. 62), S. 99. Zu den Schwierigkeiten beim organisatorischen Aufbau im Norden vgl. Ebd. S. 287–297.

89 Brief Holzapfel an Steup vom 1.7.1946; ACDP, LV Westfalen 03-002-083/1.

90 HEITZER (wie Anm. 62), S. 768.

ein Gegengewicht zum starken Arbeitnehmerflügel um Persönlichkeiten wie Karl Arnold⁹¹ und Johannes Albers⁹² darstellen.⁹³ Außerdem setzten die Protestanten in der Union wesentlich stärker auf eine Zusammenarbeit mit den „bürgerlichen“ Parteien FDP und Deutsche Partei als die ehemaligen christlichen Gewerkschafter, die eher einer großen Koalition mit der SPD zuneigten. Auch in dieser Hinsicht konnte Holzapfel also aus Adenauers Sicht ein Korrektiv gegenüber dem linken Parteiflügel darstellen, da er koalitionspolitisch ähnliche Auffassungen vertrat. Der spätere Bundeskanzler arbeitete, wie Frank Bösch gezeigt hat, bereits seit den ersten Wahlen 1946 kontinuierlich auf die Errichtung einer bürgerlichen Koalition in Abgrenzung zu den Sozialdemokraten hin, da er in dieser Koalitionsfrage mit Recht eine Richtungsentscheidung über die sozial-, wirtschafts- und außenpolitische Orientierung der CDU und der Bundesrepublik sah. Zudem hatte er klar erkannt, dass nur eine auch für protestantisch-bürgerliche Kreise attraktive Union mehrheitsfähig sein würde.⁹⁴

Aus dieser Überzeugung gehörte Holzapfel mit anderen wichtigen Persönlichkeiten des evangelischen Lagers in der CDU, wie Ernst Bach, Robert Tillmanns und dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Hermann Ehlers, im März 1952 zu den Mitgründern des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU. Dieser sollte im Vorfeld der Bundestagswahl 1953 der gerade im deutschen Protestantismus (Gustav Heinemann, Martin Niemöller) sich formierenden Opposition gegen die außenpolitische Orientierung und die sich abzeichnende Wiederbewaffnung entgegen wirken, da man hierin eine Gefahr für die Haltung der evangelischen Wählerschaft sah. Ein weiteres Motiv waren die z. T. heftigen personalpolitischen Querelen innerhalb der Union, in denen es um die Unterstellung ging, die in ihrer Mitgliedschaft überwiegend katholische Partei befördere durch ihre Personalpolitik einen „sehr systematischen Vormarsch der katholischen Kirche.“⁹⁵ Der EAK sah daher seine wichtigste Auf-

91 Detlev HÜWEL, *Karl Arnold. Eine politische Biographie*, Wuppertal 1980.

92 Herbert HÖMIG, *Johannes Albers*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern* (wie Anm. 83), Bd. 5, Mainz 1982, S. 205–222.

93 Im August 1946 kommentierte Holzapfel eine Entschließung des Wirtschafts- und Sozialausschusses der rheinischen CDU, in der gemeinwirtschaftliche und genossenschaftliche Wirtschaftsformen stark betont wurden, mit dem empörten Vermerk „Haben Arbeitgeberverbände noch eine Existenzberechtigung?“; BAK, NL Holzapfel Nr. 249.

94 BÖSCH (wie Anm. 60), S. 78ff.

95 So Propst Prehn in einem Schreiben an Hermann Ehlers vom 26.6.1951; ACDP, NL Ehlers 01-369-003/6. Vgl. Peter EGEN, *Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises*, Diss. phil. Bochum 1971 sowie Gerhard BESIER, „Christliche Parteipolitik“ und Konfession. *Zur Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*, in: DERS., *Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts* (Historisch-theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 5), Bd. 2, Neunkirchen-Vluyn 1994, S. 108–130; Ulrich von HEHL, *Konfessionelle Irritationen in der frühen Bundesrepublik*, in: HPM 6 (1999), S. 167–187.

gabe darin, bei der Vergabe von Posten und Mandaten für eine angemessene Repräsentation der Protestanten zu sorgen. Noch 1957 äußerte sich Holzapfel, obwohl aus der Bundespolitik längst ausgeschieden, in einem Schreiben an Bundesinnenminister Gerhard Schröder als Vorsitzenden des EAK besorgt über die für die Protestanten ungünstige Zusammensetzung der CDU/CSU-Bundestagfraktion. Er „würde es aufs Tiefste bedauern, wenn durch zu starke Betonung der katholischen Belange der Eindruck erweckt würde, als ob wir evangelische Menschen die evangelische Seite verraten und uns an die Katholiken verkauft hätten“.⁹⁶

Auch für die Wahl Holzapfels zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat, die am 24. Juni 1947 erfolgte, war in erster Linie seine konfessionelle Zugehörigkeit ausschlaggebend.⁹⁷ Ferner konnte Adenauer gewissermaßen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen stand an der Spitze der Fraktion eine Persönlichkeit, die zu einer harten Haltung gegenüber der SPD bereit und geeignet war, in Frankfurt eine „antisozialistische“ Koalition einzugehen und so dem Ziel eines „Bürgerblocks“ näher zu kommen. Hatte Holzapfel auf dem ersten Parteitag der CDU in der britischen Zone noch erklärt, man habe in Frankfurt zu Anfang durchaus eine Koalition mit der SPD angestrebt, was aber an deren nicht akzeptablem Anspruch auf das Amt des Wirtschaftsdirektors gescheitert sei,⁹⁸ so erklärte er im Plenum des Wirtschaftsrates Anfang 1948, „bei dem schwerkranken Zustand des deutschen Wirtschaftskörpers [sei] eine Kompromisspolitik im Augenblick nicht das Richtige“.⁹⁹ Auf dem zweiten Zonenparteitag im August verwies er in seiner Bilanz der Frankfurter Arbeit v. a. auf die starken Spannungen mit den Sozialdemokraten, ihre Konzeptionslosigkeit sowie die „Parteipolemik“ gegenüber der Union.¹⁰⁰ Zum anderen war durch die Verpflichtungen Holzapfels in Frankfurt ein innerparteilicher Konkurrent nun stark eingebunden, während Adenauer, der „intuitiv“ begriffen hatte, „dass das deutsche politische System der Nachkriegszeit von den Parteien her aufgebaut werden muss – und nicht

96 Schreiben Holzapfels an Schröder vom 16.11.1957; ACDP, NL Schröder 01-483-054/1. Schröder wies in seiner Antwort darauf hin, dass die konfessionelle Struktur der Fraktion „etwa der Zusammensetzung unserer Wählerschaft bei den letzten Wahlen“ entspreche, Schreiben vom 21.11.1957; Ebd.

97 So rückblickend der bayerische Abgeordnete Hugo Karpf. Vgl. *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 13), bearb. v. Rainer SALZMANN, Düsseldorf 1988, S. 20; *Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949*, bearb. v. Christoph WEISZ und Hans WOLLER, 5 Bde., München 1977.

98 14./15.8.1947, Recklinghausen; *Adenauer und die CDU in der britischen Zone* (wie Anm. 75), S. 368ff.

99 *Wörtliche Berichte und Drucksachen* (wie Anm. 97), 12. Vollversammlung, S. 322ff.

100 *Adenauer und die CDU in der britischen Zone* (wie Anm. 75), S. 599.

aus den Parlamenten oder Regierungen“, sich auf die Programmarbeit der Partei konzentrieren und so seine Führungsposition ausbauen konnte¹⁰¹ – allerdings ohne deshalb darauf zu verzichten, auf die Arbeit der Fraktion in Frankfurt kontrollierend Einfluss zu nehmen.¹⁰²

Neben der Verabschiedung einer Reihe gesetzlicher Regelungen, die 1949 von der neugegründeten Bundesrepublik übernommen wurden, fiel im Frankfurter Wirtschaftsrat die Vorentscheidung für die Soziale Marktwirtschaft.¹⁰³ Dort wurde auch die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU begründet, Vorbild für die späteren Fraktionsgemeinschaften im Parlamentarischen Rat und im Bundestag. Für die jungen, in sich heterogenen und föderalistisch strukturierten Unionsparteien bot die Arbeit im Wirtschaftsrat die Möglichkeit, sich zusammenzufinden und ein „Unionsbewusstsein“ zu entwickeln.¹⁰⁴ Mit der Bildung einer bürgerlichen Koalition von CDU/CSU, FDP und Deutscher Partei entstand ein parteipolitisches Koalitionsmuster, das bis weit in die 60er Jahre hinein für den bundesdeutschen Parlamentarismus prägend blieb. Das Urteil derjenigen, die Holzapfel in der Funktion des Fraktionsvorsitzenden in Frankfurt erlebten, ist nicht einmütig. Hermann Pünder, 1948/49 Oberdirektor der Bizonenverwaltung, notierte rückblickend, nach seinem Eindruck „schien es ihm nicht gegeben, die 40 CDU/CSU-Kollegen zu einer wirklichen ‚Fraktion‘ zusammenzuschweißen. Er war ein kluger und wirtschaftlich versierter Mann, doch wollte er in seinem Bienenfleiß am liebsten alles allein machen, sprach in der allwöchentlichen Fraktionssitzung fast ohne Pause, ließ andere kaum zu Wort kommen und unterbrach sie in nervöser Erregung dauernd“.¹⁰⁵ Andere hingegen lobten seine vermittelnde Persönlichkeit, seine große Arbeitskraft und die bemerkenswerte Beredsamkeit, mit der er die Beschlüsse seiner Fraktion im Plenum durchgesetzt habe.¹⁰⁶ Der gelegentlich als Gast an Fraktionssitzungen teilnehmende Verwaltungsdirektor des Wirtschaftsrates,

101 SCHWARZ (wie Anm. 1), S. 545, 570ff. Johannes Gronowski, der inzwischen den Vorsitz des Landesverbandes Westfalen übernommen hatte, schrieb nach einem Treffen mit Holzapfel am 12.6.1948 an seinen Vorgänger Lambert Lensing: „Ich schied von ihm [d. i. Holzapfel] mit dem stillen Bedauern, dass dieser arbeitsfreudige Mann mit stets wachsenden Parlamentsaufgaben belastet worden ist ...“, Schreiben Gronowski an Lensing vom 13.6.1948; ACDP NL Gronowski 01-205-001/2.

102 So bat Adenauer Holzapfel am 16.8.1947 brieflich, ihm „regelmäßig Einladungen und Material zu Ihren Fraktionssitzungen“ zukommen zu lassen. Holzapfel werde sicher Verständnis für diesen Wunsch nach Unterrichtung haben, da „Misserfolg oder Erfolg unserer Fraktion und unserer Direktoren dort für die nächste Zukunft unserer Partei ausschlaggebend sein werden“, in: *Adenauer. Briefe 1947–1949*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1984, S. 45f.

103 Georg MÜLLER, *Die Grundlegung der westdeutschen Wirtschaftsordnung im Frankfurter Wirtschaftsrat 1947–1949*, Frankfurt/M. 1982.

104 Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU*, Stuttgart 1993, S. 111f.

105 PÜNDER (wie Anm. 78), S. 348.

106 *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm. 97), S. 20.

Wilhelm Dörr, urteilte später sogar, Holzapfel sei der „Hauptverantwortliche aller wichtigen Entscheidungen“ gewesen, „die der Wirtschaftsrat in seiner zweijährigen Amtszeit getroffen hat“.¹⁰⁷

Im Zusammenhang mit der Arbeit des Wirtschaftsrates kamen in der CDU Bestrebungen auf, die verschiedenen Landes- bzw. Zonenverbände zu einer Gesamtunion zusammenzuschließen.¹⁰⁸ An diesen Plänen, die die Schaffung einer Parteizentrale in Frankfurt unter der Leitung von Heinrich Vockel¹⁰⁹, dem früheren Generalsekretär des Zentrums vorsahen und die v. a. von Josef Kannengießer vorangetrieben wurden, waren auch der Präsident des Wirtschaftsrates und spätere Bundestagspräsident Erich Köhler¹¹⁰ sowie Holzapfel beteiligt. Letzterer hatte schon im November 1947 einen Brief des hessischen CDU-Mitgründers und späteren Bundesaußenministers Heinrich von Brentano¹¹¹ erhalten, in dem dieser prognostizierte, dass der Wirtschaftsrat bzw. dessen Nachfolgeorganisation entscheidend für die politische Entwicklung in Deutschland sein würde. Es sei daher eine „Schicksalsfrage“ für die Union, „rechtzeitig aus landes- und zonengebundenen Parteien zu einer einheitlichen CDU zusammenzuwachsen“.¹¹² Holzapfel wurde offenbar durch Adenauer brieflich von seiner Beteiligung an diesen Bestrebungen abgebracht, der die Gefahr beschwor, dass „damit die Gesamtpartei den bisherigen Berliner maßgebenden Leuten und den von ihnen vertretenen politischen und wirtschaftlichen Ansichten“ ausgeliefert werden würde“.¹¹³ In der Folgezeit unterstützte er den Kurs Adenauers, angesichts der Zerstrittenheit in vielen Teilen der Union die Bildung eines Gesamtverbandes hinauszuzögern und die Organisation der CDU in der britischen Zone aufrechtzuerhalten, da sie die einzig funktionierende Zonenpartei sei. Es ist anzunehmen, dass für diesen Meinungsumschwung auch der Wunsch eine Rolle gespielt hat, sich mit Blick auf seine politischen Ambitionen die Unterstützung Adenauers nicht zu verscherzen.¹¹⁴ Holzapfel hatte sich mit seiner Frankfurter Tätigkeit nämlich so viel Ansehen und Einfluss erworben, dass er selbst und viele der nach den Bundestagswahlen am 14. August 1949 in den Bundestag eingezogenen ehemaligen Abgeordneten der CDU/CSU im Wirtschaftsrat ihn als einen der ersten Kandidaten für die Übernahme politischer Führungsämter

107 Zit. EBD. S. 20, Anm. 41.

108 Zum Folgenden vgl. HEITZER (wie Anm. 62), S. 474ff.

109 Klaus GOTTO, Art. *Vockel*, in: *Lexikon* (wie Anm. 3), S. 388.

110 Helge HEIDEMYER, Art. *Köhler*, in: Ebd. S. 300.

111 Klaus GOTTO, *Heinrich von Brentano*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern* (wie Anm. 83), Bd. 4, Mainz 1980, S. 225–239; Daniel KOSTHORST, *Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 26), Düsseldorf 1993.

112 Schreiben Brentanos an Holzapfel vom 5.11.1947; BAK NL Holzapfel Nr. 248.

113 Schreiben Adenauer an Holzapfel v. 27.4.1948, in: *Adenauer. Briefe 1947–1949* (wie Anm. 102), S. 221f.

114 HEITZER (wie Anm. 62), S. 477.

in Bonn ansahen. Konkret ins Auge gefasst wurde dabei das Amt des Fraktionsvorsitzenden.¹¹⁵ Holzapfels persönliche Ambitionen hingegen scheinen sich sogar bis hin zum Amt des Bundeskanzlers erstreckt zu haben, was während der Regierungsbildung 1949 zu Auseinandersetzungen mit Konrad Adenauer führte und den Bruch zwischen ihnen einleitete.

In der ersten Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1. September 1949 stimmte Holzapfel zunächst der Absage Adenauers an eine Koalition mit der SPD vorbehaltlos zu. Diese sei „ein Ding der Unmöglichkeit ... auf Grund der Erfahrungen, die wir in Frankfurt gemacht haben“. Allerdings sei es auch in einer Koalition mit der FDP „völlig indiskutabel“, „dass man ihr das Amt des Staatspräsidenten gibt und dazu noch das Amt des Vizekanzlers und einige Ministerien“. Man sei außerdem in der Gefahr, den Eindruck einer „Seniorclique“ zu erwecken, wenn man die Ämter von Bundespräsident und Bundeskanzler an Persönlichkeiten übertrage, „die beide die Grenze von 65 Jahren erheblich überschritten haben“ und werte mit der Wahl eines FDP-Mannes zum Präsidenten diese Partei in den Augen der Wähler unnötig auf. Zudem sei mit einem zu starken Einfluss von FDP und Deutscher Partei in der Regierung die „soziale Politik“ der Union gefährdet.¹¹⁶ Der Abgeordnete August Dresbach kritisierte die Ausführungen als „Brandrede ... gegen eine Koalition mit der FDP.“¹¹⁷ Adenauer selbst konterte den Angriff mit der Äußerung, Holzapfel, der nach der Bundestagswahl für einige Tage zur Erholung in die Schweiz gefahren war, habe dadurch wichtige Besprechungen verpasst und wohl „etwas die Fühlung“ verloren,¹¹⁸ konnte aber nicht verhindern, dass dieser als Vertreter der evangelischen Abgeordneten zum gleichberechtigten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden neben Jakob Kaiser und Fritz Schäffer gewählt wurde.¹¹⁹ In der nächsten Sitzung der Fraktion am 6. September wiederholte Holzapfel seine Kritik an der Verhandlungsführung Adenauers. Grundsätzlich dürfe das Amt des Bundespräsidenten nicht Gegenstand von Koalitionsverhandlungen sein und solle auch nicht der FDP überlassen werden: „Als wir der Auffassung waren, Herr Dr. Adenauer würde das Amt des Staatspräsidenten übernehmen, hat es keinen Zweifel darüber gegeben, dass wir neben dem Amt des Staatspräsidenten auch das Amt des Bundeskanzlers für uns verlangen sollten. Ich weiß nicht, warum wir heute einen anderen

115 So auf einem Treffen der südwestdeutschen Abgeordneten am 29.8.1949 in Bebenhausen bei Tübingen. Vgl. die Ausführungen von Strauß in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 1.9.1949. Stenographische Niederschrift in: *Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949*, bearb. v. Udo WENGST, Düsseldorf 1985, S. 140–202, hier 176.

116 Redebeiträge Holzapfels, EBD. S. 150ff., 191ff.

117 Redebeitrag Dresbachs, EBD. S. 194f.

118 Redebeitrag Adenauers, EBD. S. 152.

119 EBD. S. 180ff.

Standpunkt einnehmen.“ Zudem sei man FDP und Deutscher Partei bei der Verteilung der Ministersessel „reichlich, ja überreichlich“ entgegengekommen.¹²⁰ Gerd Bucerius berichtete später, Holzapfel, der noch Ende 1948 ihm gegenüber davon ausgegangen sei, dass sich Adenauers Nachkriegskarriere auf die Funktion als Präsident des Parlamentarischen Rates beschränken werde, habe mit dieser Generalkritik an der bisherigen Verhandlungslinie eine Diskussion in Gang setzen wollen, ob nicht doch Adenauer der richtige Mann für das Präsidentenamt sei, weil er selbst mit der Übernahme des Kanzleramtes geliebäugelt habe. Auch ihm selbst und anderen Kollegen aus dem Wirtschaftsrat „wäre damals Holzapfel als Bundeskanzler natürlich erschienen“, da er in Frankfurt ausgezeichnete Arbeit geleistet habe. Allerdings habe Holzapfel dann im Streit in der Fraktion „nicht gerade Grandseigneursformen gezeigt“ und sich so erheblich geschadet.¹²¹ Bestätigt wurden die Ambitionen Holzapfels auf das Kanzleramt auch von Eugen Gerstenmaier.¹²² Adenauer reagierte auf die Bedrohung seiner Pläne mit ausgesprochener Schärfe und hielt Holzapfel entgegen, dass man von den Freien Demokraten schließlich nicht verlangen könne, auf alle wichtigen Ämter zugunsten der Union zu verzichten und im Gegenzug für das Amt des Bundespräsidenten weitere Zugeständnisse bei der Besetzung der Ministerien würde machen müssen. Zudem verstand er es, die Debatte über Holzapfels Vorschläge abzubiegen. Dessen Antrag, die Wahl des Bundespräsidenten aus den Koalitionsverhandlungen möglichst auszuklammern, wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.¹²³ Den Widerspruch vor der Fraktion nahm Adenauer seinem bisherigen Weggefährten offenbar übel und sorgte dafür, dass er bei der Vergabe der wichtigen Positionen leer ausging. Anders als die mit ihm zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählten Jakob Kaiser und Fritz Schäffer erhielt Holzapfel kein Ministeramt, unterlag bei der durch den Einzug Adenauers ins Kanzleramt nötig gewordenen Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden klar gegen Heinrich von Brentano und musste sich mit dem Posten eines Stellvertreters zufrieden geben.¹²⁴ Im Vorfeld des Goslarer Gründungsparteitages (20.–22. Oktober

120 Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU am 6.9.1949, in: *Auftakt zur Ära Adenauer* (wie Anm. 115), S. 241–278, Redebeitrag Holzapfels, S. 264f.

121 Rudolf MORSEY (Hg.), *Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1979, Diskussionsbeiträge Bucerius', S. 46–53, 76f. Mit Letzterem spielte Bucerius wahrscheinlich auf Holzapfels Äußerungen betr. Adenauers Alter an (s.o.).

122 Diskussionsbeitrag Gerstenmaiers, EBD. S. 71f.

123 Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU am 6.9.1949, in: *Auftakt zur Ära Adenauer* (wie Anm. 115) S. 265ff.

124 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 30.9.1949, in: *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953*, bearb. v. Helge HEIDEMEYER, Düsseldorf 1998, S. 19ff.

1950) gelang es Adenauer jedoch nicht, die Nominierung Holzapfels zu seinem Stellvertreter zu verhindern, da dieser noch über beträchtlichen Rückhalt in der Partei verfügte. Die überwiegend evangelischen norddeutschen Landesverbände und Holzapfels eigener Landesverband Westfalen hatten sich auf seine Kandidatur geeinigt und hielten gegen die vom Kanzler vorgebrachten Bedenken an ihr fest.¹²⁵ Mit Blick auf das protestantische Wählerpotenzial plädierte dann auch Adenauer dafür, von seinen beiden gleichberechtigten Stellvertretern solle „an erster Stelle Holzapfel ... und an zweiter Stelle Jakob Kaiser genannt werden, und zwar aus konfessionellen Gründen“.¹²⁶

Fast zeitgleich bot sich für Friedrich Holzapfel noch einmal die Möglichkeit zur Übernahme eines Regierungsamtes, als der Kanzler ihm die Nachfolge des im Oktober 1950 zurückgetretenen Bundesinnenministers Gustav Heinemann antrug. Neben dem wiederum im Vordergrund stehenden konfessionellen Aspekt hatte dies möglicherweise auch das Ziel, eine wichtige Persönlichkeit aus der durchaus unbotmäßigen Fraktion herauszulösen und in die Kabinettsdisziplin einzubinden.¹²⁷ Holzapfel lehnte die Berufung allerdings unter Verweis auf seine fehlende Verwaltungserfahrung ab,¹²⁸ was zum endgültigen Bruch mit Adenauer geführt zu haben scheint. Adenauer schrieb später an Holzapfel, die Tatsache, dass dieser die Übernahme des Ministeriums, um die er ihn „fast kniefällig stundenlang gebeten“ habe, „immer wieder rundweg abgelehnt“ habe, sei für ihn „verletzend“ gewesen.¹²⁹

Bei der Erfüllung der ihm vom Parteiausschuss im November 1950 übertragenen Aufgabe, „die Parteiorganisation und den Aufbau der Bundesgeschäftsstelle durchzuführen“¹³⁰ bewies Holzapfel keine glückliche Hand, zog die Kritik nicht nur Adenauers auf sich und wurde im Frühjahr 1951 mit der Berufung von Heinz Lubbers zum kommissarischen Bundesgeschäftsführer als Organisator weitgehend ausgeschaltet.¹³¹ Das Stocken seiner politisch-par-

125 Protokoll der Konferenz der Landesvorsitzenden der CDU am 13.10.1950 in Königswinter, in: *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 17), bearb. v. Brigitte KAFF, Düsseldorf 1991, S. 734–747, hier 741ff.

126 Protokoll der Konferenz der Landesvorsitzenden der CDU am 20.10.1950 in Goslar, in: EBD. S. 748–756, hier 749.

127 SCHWARZ (wie Anm. 1), S. 781.

128 Vgl. Schreiben Adenauers an Kurt Schumacher vom 12.10.1950, in: *Adenauer: Briefe 1949–1951*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1985, S. 292f.

129 Schreiben Adenauers an Holzapfel vom 3.11.1951, in: *Adenauer. Briefe 1951–1953*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1987, S. 131ff.

130 Vermerk über die Besprechung vom 9. November 1950; BAK NL Holzapfel Nr. 232.

131 Vgl. etwa Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 10.5.1951, in: *Adenauer. „Es musste alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 8), bearb. v. Günter BUCHSTAB, 2. Aufl., Stuttgart 1986, S. 14–38, hier 14ff. Vgl. die Einleitung, S. XIIf.

lamentarischen Karriere in Bonn ließ Holzapfel einen Einstieg in den diplomatischen Dienst ins Auge fassen. Im Februar 1951 wurde er erstmals als möglicher Kandidat für den Posten des bundesdeutschen Gesandten in Bern genannt.¹³² Dafür, dass sich seine offizielle Ernennung noch bis zum 22. Februar 1952 verzögerte, was auf Schweizer Seite für erhebliche Verstimmungen sorgte, „spielten das personal- und parteipolitische Kalkül Adenauers und karrieretaktische Erwägungen Holzapfels die Schlüsselrolle“.¹³³ Während Holzapfel zwischen diplomatischer und politischer Karriere schwankte, sprach aus Sicht Adenauers einerseits vieles dafür, ihn aus Bonn wegzuloben. Andererseits zögerte er, da er sich angesichts des „Strudels konfessioneller Quereilen“,¹³⁴ in den die Union Ende 1951 geraten war, auf der Suche einer Persönlichkeit befand, „um die evangelische Seite stärker an uns heranzubringen“ und Holzapfel von führenden Protestanten als ein hierfür geeigneter Mann bezeichnet worden war.¹³⁵ Dieser hingegen hatte sich, wohl unter dem Eindruck seiner innerparteilichen Entmachtung, inzwischen für die Stelle des Gesandten in Bern entschieden, was den Kanzler zu der Feststellung veranlasste, sein Stellvertreter sei „seit Beginn der Arbeiten im Bund ganz übermäßig empfindlich geworden“ und bereite „dadurch viele Schwierigkeiten sich selbst und anderen“.¹³⁶ Es kam zu einer Art Kompromiss, wonach Holzapfel unter Beibehaltung von Bundestagsmandat und Parteiamt vorübergehend in die Schweiz gehen sollte. Während Holzapfel sich so partei- und bundespolitische Optionen zunächst offen hielt, entledigte sich Adenauer seines unbequemen Stellvertreters zumindest vorübergehend und wahrte zugleich die Möglichkeit, ihn als Integrationsfigur für die evangelischen Kreise wieder zurückholen zu können.¹³⁷ Als Holzapfel allerdings tatsächlich erwog, 1953 wieder für den Bundestag zu kandidieren, riet ihm Lambert Lensing eindringlich davon ab, wenn er seinem Ansehen „auf das die westfälische Partei und ich persönlich so hohen Wert legen“ nicht erheblichen Schaden zufügen wolle. Die Bedingungen für eine Rückkehr in die Bundespolitik seien „im jetzigen Zeitpunkt unter gar keinen Umständen vorhanden“.¹³⁸ Offenbar hatte Holzapfel durch das Lavieren zwischen diplomatischer und politischer Karriere seinen Rückhalt in der Partei weitgehend verspielt. Das Ausscheiden aus der Bundespolitik erwies sich als endgültig.

132 Martin SCHMITZ, *Westdeutschland und die Schweiz nach dem Krieg. Die Neuformierung der bilateralen Beziehungen 1945–1952*, Zürich 2003, S. 459.

133 EBD. S. 483f.

134 BÖSCH (wie Anm. 60), S. 109.

135 Schreiben Adenauers an Holzapfel, in: *Adenauer. Briefe 1951–1953* (wie Anm. 129).

136 EBD.

137 SCHMITZ (wie Anm. 132), S. 485.

138 Schreiben Lensings an Holzapfel vom 17.6.1953; ACDP, NL Gronowski 01-205-001/2.

Zu einer peinlichen Situation kam es Anfang 1958, als Holzapfel seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand nicht akzeptieren wollte, sich vorübergehend weigerte, den Botschafterposten und sein Berner Domizil zu räumen und schließlich gegen das Auswärtige Amt klagte.¹³⁹ Bemühungen, ihm einen anderen Posten im Auswärtigen Dienst zu verschaffen, scheiterten.

Für öffentliches Aufsehen sorgte er noch einmal 1967, als er in der sog. „HS 30-Affäre“, bei der es um den Verdacht der Bestechlichkeit in Zusammenhang mit Beschaffung eines Schützenpanzers ging, vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages und gegenüber der Bonner Staatsanwaltschaft den verstorbenen Staatssekretär Otto Lenz – mit allerdings recht vagen Vorwürfen – belastete.¹⁴⁰

Friedrich Holzapfel, der mit seiner Frau Elisabeth geb. Volpel fünf Kinder hatte, starb am 15. November 1969 während eines Aufenthalts in New York und wurde in seiner Heimatstadt Bielefeld beigesetzt.

IV.

Friedrich Holzapfel ist wie Werner Hilpert, Hermann Pünder, Hans Schlange-Schöningen und Leo Schwering, zu den Persönlichkeiten zu zählen, die für Gründung und Festigung der Union als überkonfessioneller Volkspartei zumindest zeitweilig eine wichtige Rolle spielten. Sie alle zeigten sich aber im Gerangel um die Spitzenpositionen in Partei und Staat dem Machtwillen und Durchsetzungsvermögen Adenauers ebenso wenig gewachsen wie der Überlegenheit seiner politischen und taktischen Konzeption. Auch Holzapfel, der angesichts seines raschen Aufstiegs in der Partei durchaus hochfliegende Ambitionen hegte, gehörte zu den Verlierern jener „Ausscheidungskämpfe auf schäbigen Aschenbahnen“,¹⁴¹ die angesichts der überragenden Persönlichkeit des Gründungskanzlers leicht und unverdientermaßen in Vergessenheit geraten sind. Auch in dieser Hinsicht ist seine politische Laufbahn in gewisser Weise exemplarisch.

139 Vgl. „Hamburger Abendblatt“, 22.4.1958, „Holzapfel räumt nicht“ und „Bonner Rundschau“, 12.11.1958, „Holzapfel klagt gegen Auswärtiges Amt“.

140 Niederschrift der Vernehmung Holzapfels durch den leitenden Oberstaatsanwalt beim Landgericht Bonn am 30.1.1968; ACDP, NL Carl Otto Lenz 01-707-106.

141 SCHWARZ (wie Anm. 1), S. 544.

